

## **Verlierer lecken ihre Wunden und suchen nach Schuldigen**

***Wer ist schuld am Ja zur Zweitwohnungsinitiative? Auch am Tag 2 nach der Abstimmung spielten sich gestern die Verlierer den schwarzen Peter zu.***

Von Sermîn Faki und Rinaldo Tibolla

Bern. – Filippo Leutenegger ist immer noch sauer: «Wenn man einen Job annimmt, muss man ihn auch richtig machen», polterte der Zürcher FDP-Nationalrat gestern in der Wandelhalle. Adressat seines Unmuts ist die Grünliberale Partei (GLP), die die Leitung der Nein-Abstimmungskampagne zur Zweitwohnungsinitiative übernommen hatte. «Es war im Nachhinein ein Fehler, der GLP die Führung der Gegenkampagne zu übergeben», meinte auch der Bündner FDP-Ständerat Martin Schmid.

GLP-Chef Martin Bäumle wehrte sich gegen die Schuldzuweisungen (siehe Interview unten), gab aber zu, dass die Kampagne nicht optimal gelaufen sei. Darauf habe er die anderen bürgerlichen Parteien jedoch im Vorfeld hingewiesen. «Wir haben weder Personal noch Geld, um eine grosse Kampagne zu fahren», so Bäumle.

Falle für die GLP?

Unterdessen machten Gerüchte die Runde, CVP und FDP hätten die Grünliberalen aus Berechnung in die Falle tappen lassen – als eine Art Rache für den Erfolg der jungen Partei, den sie auf Kosten der etablierten bürgerlichen Kräfte verbuchte.

Wahrscheinlicher als das ist jedoch, dass die Schlagkraft der Volksinitiative von allen Gegnern unterschätzt wurde. Leutenegger glaubt, man habe sich schlicht darauf verlassen, dass die Initiative das Ständemehr nie erreicht. «Ein fataler Fehler, wie sich am Sonntag herausgestellt hat», sagte der Glarner SVP-Ständerat This Jenny.

In die Kritik geraten je länger je mehr auch die Bergkantone. Zu wenig habe man von dort im Abstimmungskampf gehört, heisst es im Bundeshaus. Die Regierungskonferenz der Bergkantone etwa glänzte durch Abwesenheit. Eine einzige und sehr allgemein gehaltene Medienmitteilung hatte sie herausgegeben. Dass sie gestern nun Entschädigungen für den Bergkantonen «aufgezwungenen Landschaftsschutz» forderte, kam in Bundesbern nicht gut an.

Kritik an Economiesuisse

Parlamentarier aus den Bergkantonen mochten die Kritik allerdings nicht auf sich sitzen lassen: «Im Rahmen der Möglichkeiten haben die Bergkantone alles gegen diese Initiative gemacht», sagte Stefan Engler, CVP-Ständerat aus Graubünden. Er spielte den Ball weiter: «Meiner Meinung nach sind das nationale Gewerbe und der Wirtschaftsverband Economiesuisse von einer falschen Prognose ausgegangen.» Aus GLP-Kreisen hiess es gestern denn auch, die Wirtschaft habe ihnen kaum Mittel zur Verfügung gestellt. Die FDP soll für ihre Last-Minute-Kampagne hingegen 200 000 bis 300 000 Franken aus Wirtschaftskreisen erhalten haben. Die Lehre aus dem

Abstimmungsdebakel ist für den Walliser CSP-Ständerat René Imoberdorf klar: «Das nächste Mal muss man frühzeitig mehr Geld in die Hand nehmen.»

## **Martin Bäumle: «Wir haben doch alle diese Vorlage unterschätzt»**

***Grünliberalen-Chef Martin Bäumle kontert Vorwürfe, seine Partei habe die Nein-Kampagne zur Zweitwohnungsinitiative in den Sand gesetzt.***

Mit Martin Bäumle sprach Stefan Schmid, Bundeshaus

Herr Bäumle, FDP und CVP zeigen mit dem Finger auf die Grünliberalen. Diese hätten es nicht geschafft, eine gute Kampagne gegen die Zweitwohnungsinitiative zu führen.

Martin Bäumle: Wir haben doch alle diese Vorlage unterschätzt. Von der CVP haben wir während Wochen nichts gehört. Und die FDP hat eine Parallelkampagne geführt. Dann wurden ganzseitige Inserate mit zu aggressiven Sujets geschaltet, die wohl mehr geschadet als genützt haben. Es ist ein bisschen billig, jetzt alleine auf uns Grünliberale zu zeigen.

Sie hatten die Führung in der gegnerischen Kampagne.

Man hat uns diese Vorlage ohne mein Wissen zugeteilt.

Warum haben Sie nicht gesagt: «Das machen wir nicht, uns fehlen die personellen und finanziellen Ressourcen?»

Man hat den Grünliberalen offenbar eine besondere Glaubwürdigkeit bei diesem Thema zugebilligt. Deshalb ist es nachvollziehbar, dass man uns in einer Führungsposition wollte.

Die Grünliberalen waren überfordert.

Unser Generalsekretariat hat den anderen bürgerlichen Parteien von Anfang an gesagt, dass unsere Ressourcen beschränkt sind und dass man uns unterstützen müsse. Doch alle – auch die Wirtschaft – haben sich zurückgelehnt in der Annahme, diese Initiative sei chancenlos und werde sowieso am Ständemehr scheitern.

FDP und CVP haben ihre Partei also hängen lassen?

Wir erhielten nach den positiven Umfragewerten 15 000 Franken, um die Kampagne zu verstärken. Diese haben wir optimal eingesetzt. Die Wirtschaft hat diese Initiative ebenfalls unterschätzt und primär Geld gegen die Initiative für sechs Wochen Ferien eingesetzt. Plötzlich konnte die FDP mit rund 400 000 Franken aus unbekannter Quelle eine parallele Kampagne auf die Beine stellen. Mit diesem Geld hätten auch die Grünliberalen eine bessere Kampagne machen können. Doch die FDP übernahm damit quasi den Lead.

Warum?

Vielleicht wollten sie uns zeigen, wo der Bartli den Most holt, wie man eine Kampagne organisiert. Das ist schade, haben wir aber respektiert – es ging um die Sache und damit den Gewinn der Abstimmung.